

KOOPERATION IM DEMOKRATISCHEN OSTSEERAUM STÄRKEN

Der demokratische Ostseeraum gehört zu den wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Regionen der Welt. Er ist fest in der Europäischen Union verankert.

Bereits in den Zeiten der Hanse war die Region ein gemeinsamer Sicherheits-, Wirtschafts-, und Kulturraum, in dem sich eine enge Vernetzung und vertrauensvolle Zusammenarbeit bewährte. Diese Zusammenarbeit gilt es – auch vor dem Hintergrund der Zeitenwende - zu priorisieren und zu stärken.

Denn gemeinsam mit Deutschland stehen die Ostseeanrainerstaaten Skandinaviens, die nordischen Länder, Polen und das Baltikum zukünftig vor großen Herausforderungen. Die veränderte geopolitische Lage und die drängende Notwendigkeit einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft erfordern von allen Staaten und Regionen des demokratischen Ostseeraums erhebliche Anpassungsleistungen innerhalb kurzer Zeit. Zu diesen Transformationsleistungen kommen weitere Herausforderungen hinzu, die alle Ostseeanrainer gleichermaßen betreffen: der Schutz der Ostsee als Ökosystem und Lebensraum, das Erlangen von Energieunabhängigkeit, die Zeitenwende in der Sicherheitspolitik, die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, die Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere in den ländlichen Räumen, die pflegerische und medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger, die zukunftsorientierte Entwicklung der Digitalisierung oder die sichere Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

Alle diese Zukunftsaufgaben können nur gemeinsam gelöst werden. Dabei ist eine freie und gleiche Teilhabe aller Menschen im demokratischen Ostseeraum das Fundament für Innovation und Wohlstand. Gleichzeitig erfordern Kooperation und gute Nachbarschaft eine Kultur des gegenseitigen Austauschs und der Mobilität. Die Ostseeanrainer verfügen in dieser Hinsicht über gelernte Strukturen und ein festes Netzwerk. Mit einigen der Staaten mit dem höchsten Demokratieindex weltweit ist der demokratische Ostseeraum im Herzen Europas eine Modellregion für die Bewältigung der immensen Herausforderungen unserer Gesellschaften. Dieses große Potenzial gilt es zu nutzen.

Es gilt die demokratischen Errungenschaften grenzüberschreitend zu wahren und das große Potenzial im Ostseeraum zu nutzen. Dazu fordert der Bundesparteitag folgende Maßnahmen:

- 1.) Gute Nachbarschaft erfordert eine Kultur des gegenseitigen Austauschs und der Mobilität. Insbesondere internationale Begegnungen aller Generationen sind fundamental, um Vertrauen und gemeinsame demokratische Werte zu stärken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, analog zur Arbeit der bereits bestehenden Jugendwerke, den Jugendaustausch im demokratischen Ostseeraum stärker zu fördern. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf im Bereich der politischen Bildungsarbeit keine weiteren Kürzungen vorzunehmen.
- 2) Auf Initiative von Deutschland sollen die „Baltic Sea Youth Games“, die 2019 letztmals in Schweden stattfanden, wieder aufgelegt werden. Aber auch den kulturellen Austausch und die Förderung gemeinsamer kultureller Aktivitäten, wie zum Beispiel das jährliche Festival „Nordischer Klang“ in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen wir.

3.) Die Umsetzung der 2023 im maritimen Antrag des Bundestages formulierten ambitionierten Klimaziele muss gemeinsam mit unseren Nachbarn im Ostseeraum vorangetrieben werden. Bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden, ist nur durch die enge Kooperation im demokratischen Ostseeraum beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen. Das Streben nach einer dauerhaften, verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung gewinnt, nicht zuletzt durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine für Deutschland und die Ostseeanrainerstaaten eine immer größere außen- und sicherheitspolitische Bedeutung. Um nachhaltige Antworten auf Fragen der Energiesicherheit zu geben, muss sich Deutschland mit seiner langen Ostseeküste hier als Innovationstreiber für den grünen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft profilieren. Mit der Erklärung von Marienburg vom 30. August 2022 haben die acht EU-Ostseeanrainerstaaten - darunter auch Deutschland - erklärt, die Offshore-Windenergie in der Ostsee auszubauen und die Zusammenarbeit in der Energiepolitik zu intensivieren. Ein wichtiger Bestandteil einer zukünftig kompletten Versorgung durch erneuerbare Energien ist dabei auch die Wasserstoffforschung und -entwicklung. Mit dem grenzüberschreitenden Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft soll die Ostseeregion einen wichtigen Beitrag zu einer EU-weiten Wasserstoffinfrastruktur leisten. Gleichzeitig werden durch die Diversifizierung von Energiequellen wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten von anderen Staaten verringert.

4.) Die Ostsee als natürlicher Lebensraum ist bedroht – ihr nachhaltiger Schutz ist im Interesse aller Ostseeanrainerstaaten. Gemeinsame Initiativen zum Wiederaufbau des Meeresökosystems, der Sicherung der Biodiversität oder der Reduzierung der Eutrophierung müssen durch den Bund nachdrücklich unterstützt werden, wie z.B. im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans (BSAP). In diesem Kontext muss auch das gemeinsame Engagement von Bund und Ländern für die außeruniversitäre Meeresforschung weiter intensiviert werden. Nur so können Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die konkreten Entwicklungen im Zuge des Klimawandels, wie beispielsweise dem irreversiblen Anstieg der durchschnittlichen Wassertemperatur in der Ostsee, Rechnung tragen.

5.) Die Bergung von Munitionsaltlasten aus der Ostsee ist eine Mammutaufgabe, die nur in enger internationaler Kooperation und Anstrengung aller Ostseeanrainerstaaten zu bewältigen ist. Nach bisherigen Erkenntnissen liegen auf dem Meeresgrund der Ostsee rund 400.000 Tonnen konventionelle Sprengstoffe und ca. 40.000 Tonnen chemische Waffen. Die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt wachsen aufgrund von Korrosion besorgniserregend. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Bundesregierung hat bereits ein Sofortprogramm zur Bergung von Unterwassermunition in der Ostsee eingeleitet, das auch die Entwicklung einer mobilen Plattform für die Munitionsräumung und -vernichtung umfasst. Die bisher zugesagten 100 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt können mittelfristig nur der Anfang der Anstrengungen sein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, im internationalen Zusammenspiel sowohl in die noch notwendige Forschung zu investieren als auch den Transfer in die Munitionsdetektion, -bergung und -vernichtung nachhaltig zu fördern.

6.) Der demokratische Ostseeraum ist ein Innovationsraum. Eine enge Kooperation von Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen der Anrainerstaaten ist Tradition. Sowohl

die wissenschaftliche Zusammenarbeit in internationalen Forschungsprojekten als auch die Mobilität von Studierenden und Lehrenden im Ostseeraum ist weiter voranzutreiben.

7.) Schon jetzt trägt der Ostseeraum mit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem intensiven Austausch von Gütern maßgeblich zur wirtschaftlichen Stärke der EU bei. Da wirtschaftlicher Erfolg dauerhaft nur mit Guter Arbeit eingehen kann, sind eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten für ein modernes Arbeiten im demokratischen Ostseeraum unerlässlich. Deutschland muss eine verstärkte Tarifverbindung bei der Kooperation mit den Anrainern anstreben. So sichert man grenzüberschreitend den Fachkräftebedarf und verhindert Lohndumping als falschen Standortfaktor. Um die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit darüber hinaus attraktiver zu gestalten, müssen Arbeitsmodelle, die Flexibilität, Selbstbestimmtheit, Mobilität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, gestärkt werden. Dazu soll die SPD ihre Sozialdemokratische Schwesterparteien dabei unterstützen, analoge Initiativen in den nationalen wie im europäischen Parlament zu starten

8.) Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, die Mobilität mit den und in die baltischen und skandinavischen Länder zu verbessern und dabei klimafreundlichen Verkehr zu priorisieren und das Schienennetz auszubauen. Um unsere Lieferketten resilienter zu machen, sollen außerdem Konzepte für den grenzüberschreitenden Güterverkehr entwickelt und das Angebot von Fährverbindungen erweitert, in den zukunftsfähigen Ausbau der Hafeninfrastruktur zum zukunftsfähige Weiterbetrieb von Hafeninfrastruktur für den Eisenbahnfährbetrieb investiert werden.

9.) Nach dem NATO-Beitritt von Finnland und spätestens mit der Mitgliedschaft von Schweden wird der Ostseeraum als "Binnenmeer" von NATO-Staaten geprägt. Die Ausweitung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit stärkt das Bündnis, birgt aber auch neue strategische Probleme, denn Russland hat ein grundlegendes Interesse allein am Ostseezugang zu Sankt Petersburg und an der Verbindung zur Exklave Kaliningrad. Immer wieder kommt es aus diesem Grund im Ostseeraum zu militärischen Provokationen und dem Austesten roter Linien, wie zum Beispiel die Annäherung an die Grenzen des Luftraums oder an Hoheitsgewässer. Deswegen ist die Bundesregierung aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die demokratischen Ostseeanrainerstaaten ihre bi- und multilaterale militärische Zusammenarbeit weiter ausbauen, wobei ein Augenmerk auf dem Schutz vor hybriden Bedrohungen und vor Desinformationen liegen soll. Zugleich bedingt die Zeitenwende gesamtgesellschaftliche Veränderungen; zur Verbesserung der Resilienz der Gesellschaften im Ostseeraum sollte die Zusammenarbeit im Zivilschutz und der Zivilverteidigung intensiviert werden. Deutschland kann hierbei von seinen skandinavischen und baltischen Partnern lernen.

10.) Der Bundesparteivorstand wird aufgefordert, Kooperation und den partnerschaftlichen Austausch mit unseren befreundeten sozialdemokratischen Organisationen und Parteien im Ostseeraum zu intensivieren und zu fördern. Dafür legt er im Laufe des Jahres 2024 Vorschläge für konkrete Maßnahmen vor.